

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

15.11.1928 (No. 268)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Carl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 955
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. Menz
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfl. — Samstag 15 Pfl. — Anzeigengebühr 14 Pfl. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Carl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in bestmöglicher Weise oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die kommende Reparationskonferenz

Sich wieder bei Poincaré

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hüsch, hatte am Mittwochmorgen wieder eine Unterredung mit Poincaré, zu der der „Matin“ berichtet: Es wäre unrichtig, zu behaupten, daß wirkliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und seinen Gläubigern über das Verfahren beständen, aber es gäbe natürlich beträchtliche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Anerbieten und der Forderungen. Da ja aber jedermann darüber einig sei, das Studium der Frage unabhängigen Sachverständigen anzuvertrauen, und da den Regierungen immer feststehe, alsdann Pläne, die nicht ihren Interessen entsprächen, nicht anzunehmen, hat jetzt die theoretische Opposition keine große Bedeutung. Die Forderungen der verschiedenen Mächte würden sich einer Revision unterzogen werden können, wenn die Sachverständigen ein Mittel fänden, um eine beschleunigte Mobilisierung, also Kommerzialisierung, der Schulden herbeizuführen. Da noch einige Schritte offizieller bzw. offiziöser Art nötig seien, um die Mitarbeit amerikanischer Fachleute zu erlangen, sei es, so erklärt der „Matin“, im Gegensatz zu einer Auslassung der Sabasagentur, nicht wahrscheinlich, daß der Ausschuss vor Beginn des kommenden Jahres zusammentreten werde. Was den Versammlungsort betreffe, so schwante man zwischen Brüssel und Paris. Man scheine an Berlin nur noch zu denken zum Zwecke einer vorübergehenden Unterbrechung der Sachverständigen.

Näherung und Reparationen

W.W. London, 15. Nov. (Tel.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erfährt, daß keine formelle Antwortnote auf den deutschen Schritt in der Reparationsfrage abgefaßt werden würde, bis eine Art vorläufige Vereinbarung über die Grundsätze und die Prozedur der bevorstehenden Unterbrechung zwischen den sechs interessierten Parteien erreicht ist. Bisher sind nur Denkschriften und Verbalnoten ausgetauscht worden. Das Problem der Rheinlandräumung bleibt im jetzigen vorbereiteten Stadium außerhalb der Erörterung. Großes Interesse ist in diplomatischen Kreisen durch die neue Erklärung Churchill und anderer britischer Minister hervorgerufen worden, daß die Frage der endgültigen Reparationsregelung und die der Beschleunigung der Rheinlandräumung nicht unbedingt miteinander verbunden sind. Dies steht bekanntlich im Gegensatz zur französischen Auffassung. Nachdem Dr. Stresemann auf deutscher Seite wieder im Sattel ist, wird angenommen, daß eine Entscheidung über die Einberufung des Ausschusses nicht lange aufgeschoben werden wird.

Ein amerikanischer Beobachter

Wie in Berliner politischen Kreisen berichtet, ist es nunmehr sicher, daß auch Amerika an der Reparationskonferenz teilnehmen wird. Es ist nämlich von amerikanischer Seite die Aufgabe zur Einberufung eines Beobachters eingetroffen. In Berlin wird immer noch mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Konferenz noch vor Ablauf des Jahres zusammentreten kann.

Die französische Regierungserklärung

Am Mittwoch fand in Paris ein dreistündiger Kabinettsrat statt, in der die von Ministerpräsident Poincaré vorgelegte, heute in Kammer und Senat zu verlesende Regierungserklärung einstimmig gebilligt wurde. Ihren Inhalt charakterisiert Sabas wie folgt: Mit diesem Dokument werde der Ministerpräsident ziemlich kurz das Programm der neuen Regierung auseinandersetzen, ohne auf die Zwischenfälle, die der Bildung des Kabinetts vorausgegangen sind, anzuspähen. Vor allem handle es sich darum, die Finanzierung reiflos durchzuführen. Deshalb sei an erster Stelle die Verabschiedung des Budgets vor Ende des Jahres notwendig. Unter diesem Vorbehalt sei die Regierung bereit, sich mit dem Finanzausschuss über gewisse Steuerermäßigungen zu einigen. Hinsichtlich der Militär- und Marinekredite werde die Regierung weitere Abstriche vornehmen. Die außenpolitischen Probleme würden in ganz besonderem Maße die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch nehmen. Die zur Regelung der Reparationsfrage und alliierten Schulden eingeleiteten Verhandlungen würden lange und schwierig sein. Die Zukunft des Landes sei zum wenigsten für eine Generation an ihr Ergebnis gebunden. Es komme darauf an, daß die Regierung, die diese Verhandlungen mit dem festen Entschluß, sie zum Abschluß zu bringen, unternehme, sie mit aller wünschenswerten Autorität fortsetzen könne. Zu diesem Zweck werde Poincaré als Antwort auf die verschiedenen Interpellationen an familiäre republikanischen Elemente der Kammer appellieren, dem neuen Ministerium das Vertrauen zu schenken.

Stapellauf des „Presidente Gomez“

W.W. Elbing, 15. Nov. (Tel.) Auf der hiesigen Schichauwerft lief heute vormittag ein neues für die Hamburg-Flensburger Reederei S. C. Horn erbautes Motorschiff vom Stapel, das den Namen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Venezuela, Juan Vicente Gomez, erhielt. An dem Lauffakt nahmen u. a. der venezuelanische Geschäftsträger in Berlin, der venezuelanische Generalkonsul in Hamburg, Vertreter verschiedener Reichsministerien, der Provinzialbehörden und der Stadt Elbing teil. Nach einer Ansprache von Kommerzienrat Horn und einer Erwiderrungsansprache des venezuelanischen Geschäftsträgers in Berlin vollzog die Gemahlin des venezuelanischen Generalkonsuls in Hamburg den Lauffakt.

Letzte Nachrichten

Zur politisch-parlamentarischen Lage

Vor der Panzerkreuzerdebatte

M. Berlin, 15. November (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett hat heute vormittag eine Sitzung abgehalten, in der es sich mit der politisch-parlamentarischen Lage beschäftigte. Reichskanzler Müller legte, wie mitgeteilt wird, die Gründe dar, aus denen er und die sozialdemokratischen Minister gemeinsam mit ihrer Fraktion für den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers stimmen würden. Eine Meldung wird als unzutreffend bezeichnet, daß der Reichskanzler heute früh den Reichspräsidenten in dieser Angelegenheit aufgesucht habe. Im allgemeinen beurteilt man die Lage verhältnismäßig ruhig, obwohl man im Augenblick noch keine Lösung sieht. Der Gegensatz zwischen Zentrum und Sozialdemokraten besteht zur Stunde jedenfalls unbehindert fort. Das Zentrum hat dagegen Einspruch erhoben, daß der Reichskanzler Hermann Müller als Chef des Kabinetts für den sozialdemokratischen Antrag stimmen will und hat gestern sogar mit der Zurückziehung seines Ministers, Herrn von Guérard, gedroht. Man glaubt aber, daß man darüber hinwegkommen wird, obwohl noch niemand weiß, wie das geschehen soll, daß aber die Kabinettsneubildung dadurch ganz erhebliche Schwierigkeiten vor sich haben wird.

Vor der heutigen Plenarsitzung des Reichstags, die um 3 Uhr die Beratung der Panzerkreuzerfrage aufnehmen will, halten die Reichstagsfraktionen der Deutschen, der Demokraten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei Sitzungen ab.

Über den Gang der heutigen Beratungen im Reichstag wird bekannt, daß zunächst die Kommunisten ihre Interpellation begründen wollen, worauf der Reichskanzler zu einer kurzen Erklärung das Wort nimmt. Dann folgt die Begründung des sozialdemokratischen Antrags, auf die dann der Reichswehrminister Gröner erwidern wird.

Dem Plenum liegen der sozialdemokratische und der kommunistische Antrag auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A und die kommunistische Interpellation über den Kabinettsbeschluss zur Inangriffnahme des Baues vor. Dazu ist heute noch der Antrag der Wirtschaftspartei gekommen, der ein umfassendes Marinebauprogramm und bis dahin die Aussetzung des Baues des Panzerkreuzers A verlangt.

Gütliche Beilegung des Chorzow-Streits?

W.W. Warschau, 15. Nov. (Tel.) Wie die polnische Agentur Presh von gut unterrichteter Seite erfährt, sind in den letzten Tagen in Warschau Verhandlungen über die gütliche Beilegung des Chorzow-Streits geführt worden. Als Vertreter der beteiligten deutschen Gesellschaften, und zwar der Bayerischen Stickstoffwerke und der Oberschlesischen Stickstoffwerke, führte der Präsident des Aufsichtsrates der beiden Gesellschaften, Geheimrat Prof. Caro, in Warschau die Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der polnischen Regierung. Diese Unterhandlungen dauerten einige Tage und ergaben ein Kompromiß. Die erzielte Verständigung bedarf der Zustimmung der deutschen Regierung und der polnischen Regierung. Es wurde vereinbart, daß beide Regierungen in dieser Angelegenheit sich bis zum 28. November schlüssig werden sollen. Im Falle der Zustimmung zu dem erreichten Kompromiß durch die beiden Regierungen würde der Streitfall vom Sanger Gerichtshof zurückgezogen werden. Prof. Caro ist nach Berlin zurückgekehrt, um dort die Zustimmung der Reichsregierung zu diesem Kompromiß zu erreichen.

Gründung eines Republikanisch-Ausschusses in Polen

W.W. Warschau, 15. Nov. (Tel.) Der Parlamentarische Klub der drei großen polnischen Linksparteien, Sozialisten, die radikale Bauernpartei Wyzwolenje und die Bauernpartei Domski hat gestern den einstimmigen Beschluß gefaßt, einen ständischen gemeinsamen Verständigungsausschuss zum Schutze der Republik und der Demokratie ins Leben zu rufen. Aufgabe dieses neuen Ausschusses wird es sein, ein Zusammenwirken der drei genannten Parteien in allen Angelegenheiten herbeizuführen, die die Befestigung und den Schutz der republikanischen Regierungsform, der Demokratie, des Parlamentarismus und der ungehinderten Tätigkeit von Sejm und Senat betreffen. In allen anderen Angelegenheiten behalten die drei genannten Parteien sich vollkommene Freiheit vor. Sie werden jedoch in jedem einzelnen Fall ihr Vorgehen in Abstimmung zu bringen versuchen.

Das Einreiseverbot für deutsche Künstler ins Nemegebiet wurde zurückgenommen.

Ein Nachspiel der Ermordung Obregons. In Mexiko verurteilte Hauptmann Obregon, ein Onkel des ermordeten Präsidenten, den Mörder seines Neffen im Gefängnis zu erschließen. Er wurde jedoch überwältigt und entwischt. Obregon verübte später in seiner Wohnung Selbstmord.

* Um den Panzerkreuzer

Bei einer Betrachtung des Streits um den Panzerkreuzer A muß man sich darüber klar werden, daß schon von Anfang an die Meinungen über die Notwendigkeit dieses Panzerkreuzerbaus weit auseinander gingen, und daß die erste Baurate noch von dem verflochtenen Reichstag bewilligt wurde, in welchem ganz andere Mehrheitsverhältnisse herrschten als im jetzigen. Von vornherein war jedenfalls unser Volk in der Panzerkreuzerfrage in zwei Lager gespalten: die einen hielten den Bau für notwendig, die anderen lehnten ihn als unnütze Spielerei ab. Parteimäßig gesehen, waren und sind es die Sozialdemokraten und Kommunisten, die überhaupt nichts von dem Neubau wissen wollen. Aber auch im Zentrum, bei den Demokraten und bei der Wirtschaftspartei gab und gibt es Abgeordnete, welche die Notwendigkeit des Neubaus nicht einzusehen vermögen.

Nachdem auf der Basis der neuen Mehrheitsverhältnisse im frisch gewählten Reichstag die Große Koalition (zunächst allerdings nur in inoffizieller Form) errichtet wurde, faßte das Reichskabinett, und zwar auch unter der Zustimmung seiner sozialdemokratischen Mitglieder, am 10. August den Beschluß, daß der Bau des Panzerkreuzers A in Angriff zu nehmen sei. Dieser Beschluß entfesselte einen Sturm der Entrüstung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Den sozialdemokratischen Ministern wurden schwere Vorwürfe gemacht und gleichzeitig versichert, daß die Partei niemals zu dem Bau des Panzerkreuzers ihre Zustimmung geben werde.

Die Sozialdemokratie ist bei dieser Haltung geblieben. Wie aus ihrer Presse hervorgeht, faßt sie das Ganze als eine Machtprobe auf, und will unter keinen Umständen mit sich reden lassen. Auch nicht in der Weise, daß sie ihren Ministern, die ja am Beschluß des 10. August mitbeteiligt sind, Stimmhaltung bei der heute zu erwartenden Abstimmung zubilligt. Im Gegenteil! Die Fraktion hat kategorisch von ihren Ministern und dem Reichskanzler verlangt, daß sie heute für den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues stimmen.

Damit ist die Situation recht kritisch geworden. Denn der Reichswehrminister, Herr Gröner, hat mit seinem Rücktritt gedroht, falls der sozialdemokratische Antrag angenommen werde, er hat aber auch gleichfalls seinen Rücktritt angemeldet für den Fall, daß der Reichskanzler heute im Plenum für den Antrag und damit gegen den Reichswehrminister stimmt. Der Reichspräsident hat sich bis zu einem gewissen Grade mit dem Reichswehrminister für solidarisch erklärt.

Latsche ist, daß von der bewilligten Summe von 9,3 Millionen Reichsmark bis jetzt 6 Millionen verausgabt sind. Aber die Bindungen, die das Reichswehrministerium eingegangen sind, belaufen sich einschließlich der bereits verausgabten 6 Millionen schon auf 32,3 Millionen, deren Zahlung allerdings erst nach und nach, mit Bewilligung der einzelnen Jahresraten, fällig werden würde. Darüber, ob das Reichswehrministerium zu derartigen Bindungen der Baufirma gegenüber befugt gewesen ist, ist ein neuer Streit entbrannt: die Berechtigung des Ministeriums wird von einem Teil der Parteien bestritten.

Heute soll nun die Entscheidung fallen. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen ist mit der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags zu rechnen; denn außer den Sozialdemokraten und den Kommunisten wird keine Partei dafür stimmen. Die Demokraten wollen sich der Stimme enthalten. Vielleicht werden auch einzelne Abgeordnete des Zentrums und der Wirtschaftspartei Stimmhaltung üben, aber das dürfte kaum ins Gewicht fallen, zumal die Deutschnationalen gegen den Antrag stimmen wollen. Würden die Deutschnationalen das nicht tun und von sich aus Stimmhaltung proklamieren, dann wäre die Annahme des sozialdemokratischen Antrags so gut wie sicher, und eine Regierungskrise, wenn nicht gar eine Reichspräsidentenkrise, gegeben. Es wäre eigentlich kein gutes Zeichen, wenn ausgerechnet den Deutschnationalen die Vermeidung einer Krise zu verdanken wäre.

Die Wirtschaftspartei hat inzwischen einen Kompromißantrag eingebracht. Er bezweckt, die Spezialfrage des Baues eines Panzerkreuzers zunächst aus der Debatte auszuschließen und dafür ein auf längere Sicht abgestelltes Bauprogramm dem Reichstag vorlegen zu lassen, welches alle uns nach dem Friedensvertrag gelassenen Rechte

Für die Ausrüstung der Marine erschöpft; alsdann solle ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, der die Bereitstellung der Mittel für ein langfristiges Bauprogramm der Marine in vorgezeichnetem Sinne unter Wertverteilung der bisher für den Ersatzbau A geleisteten Bauarbeiten und der hierfür erteilten Aufträge sicherstellt, die Weiterarbeit am Ersatzbau aber so lange aussetzt, bis man sieht, ob die hinter der Regierung stehenden Parteien der Fertigstellung des Ersatzbaues A im Rahmen einer gesetzlichen Regelung des Gesamteratzbaues zustimmt. Man kann sich kaum denken, daß dieser gut gemeinte, aber gar zu konstruierte Antrag den Ausweg aus der kritischen Situation weisen wird. Denn schließlich würde ja auch bei Annahme dieses Antrags eine Entscheidung der Parteien nicht zu umgehen sein. Und, da die Sozialdemokratie bei ihrer ablehnenden Haltung beharrt, wird diese Entscheidung nicht anders ausfallen als jetzt.

Für die Sozialdemokratie ist die Lage auch nicht gerade angenehm. Sie muß mit zwei Möglichkeiten rechnen, die beide unerwünschte Folgen haben könnten. Wird der sozialdemokratische Antrag angenommen, so haben wir die Regierungskrisis. Wie sie gelöst werden sollte, ist ein Rätsel. Ob es zu Reichstagsneuwahlen kommt, möchten wir vorab bezweifeln. Das deutsche Volk hat zweifellos ein starkes Interesse an der Panzerkreuzerfrage, aber es würde es wohl kaum verstehen, wenn man beim Neuwahlen ausschreiben wollte. Sehr fatal wäre eine Reichspräsidentenkrise, ganz abgesehen davon, daß unser Volk überhaupt fürs erste genug von Wahlen hat. Die bekannten Elemente vertreten mit allem Nachdruck die Anschauung, daß es viel nützlicher sei, recht fleißig an den Arbeitstisch zu gehen, statt alle Augenblicke an die Wahlurne. Produktive Arbeit wird an der Wahlurne gewiß nicht geleistet. Und die Wahlbeteiligungsziffer sinkt ja auch von Wahl zu Wahl.

Sollte nun aber der sozialdemokratische Antrag heute abgelehnt werden, dann hat die Sozialdemokratie in einer für sie sehr wichtigen Frage eine Niederlage erlitten, und sie muß zusehen, wie sie sich damit abfindet. Wenn das sozialdemokratische Blatt in Mannheim meint, man werde dann aus pädagogischen Gründen nicht auf den sofortigen Austritt drängen, es solle keine im Reime erstarrte Koalition geben, die Probe möge noch eine Weile fortgesetzt, der Kelch noch ein Stück tiefer getrunken werden, dann erkennt man erst so recht, wie verfahren die ganze parlamentarische Situation ist. Denn in klarem Deutsch überseht heißt das, was das Blatt hier schreibt, doch nichts anderes, als daß man die in offizieller Form zu bildende Große Koalition als einen bitteren Kelch empfindet, mit dem Verlagen dieser Koalition rechnet und nur aus pädagogischen Gründen jetzt mitmacht, um späterhin beweisen zu können, daß die Sache eben doch nicht geht. Es ist sehr schön, Pädagogik zu treiben, und es ist auch sehr schön, an einem Prinzip festzuhalten und unbeirrt auf den Pfaden der Doktrin fürbaf zu wandern —, ob es politisch klug ist, ob damit wirklich staatspolitische Ziele einerseits und machtpolitische Ziele der betreffenden Partei andererseits erreicht werden, das ist eine andere Frage!

Der Sommer 1928 in der Schweiz. Das Ergebnis der Sommerferien 1928 wird in der Schweizer Hotelrevue als gut mittel bezeichnet. Dabei gilt als Maßstab für die Note gut eine Bettenbelegung von 60 bis 70 Proz. In der Hochsaison wurde zwar für kurze Dauer 80 Proz. erreicht, doch stand die Voraison sehr unter dem schlechten Wetter. Ein wirklich ertragreiches Geschäft habe sich nur über sechs Wochen hinweg erstrecken können.

Die Antwort Lord Cuffenduns in der Abrüstungsfrage. „Times“ zufolge hat sich der Gesundheitszustand Lord Cuffenduns soweit gebessert, daß er hofft, heute, Donnerstag, im Oberhaus auf Lord Barnhorns Antrag betr. die britische Haltung in der Abrüstungsfrage antworten zu können.

Musikpädagogische Gegenwartsfragen

Wie schon nach der letztjährigen musikpädagogischen Tagung (Darmstadt), legt auch jetzt wieder das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, das bekanntlich seinen Sitz in Berlin hat, die bei der VI. Reichsschulmusikwoche (Dresden) gehaltenen Vorträge in einem statischen Sammelband vor. Unter der Überschrift „Musikpädagogische Gegenwartsfragen“ legen die Referate, die zum Teil zwar in wesentlich gekürzter Fassung, aber inhaltlich doch sehr erschöpfend wiedergegeben werden, in ihrer Gesamtheit das problematische Bild der auf dem Gebiete der Musikerziehung heute wirksamen Kräfte und Strömungen dar. Natürlich wendet sich das Buch zunächst an den Fachmann und Kenner, dem die Probleme schon seit längerer Zeit vertraut sind, daneben verdient jedoch die Publikation, die sich mit einigem Recht eine „Übersicht über die Musikpädagogik vom Kindergarten bis zur Hochschule“ nennen kann, auch die Aufmerksamkeit weiterer Leserkreise.

An der Spitze stehen einige allgemein musikpädagogische Erörterungen, welche die Ideen einer Erziehung zur Musik in Zusammenhang mit den heute überhaupt vorherrschenden Erziehungs- und Bildungszielen zu bringen suchen. Sichtlich hat sich die musikpädagogische Reform der Gegenwart vor allem durch Th. Litts Referat „Die gegenwärtige Lage der Pädagogik“ umrissen, beispielhaft ist sodann auch was Arnold Schering über die hohe Auffassung der Musik als Unterrichtsgegenstand aus der sächsischen Geschichte erzählt und welche wertvolle Folgerungen und Forderungen er daraus für die Gegenwart entnimmt. Über Musikpädagogik als Menschheitsbildung in der besonderen Richtung, daß sie eine Erziehung zum Arbeiten und Erleben zugleich sein soll, spricht sehr eingehend Richard Witz. Ins Neuzeitliche psychologischer Forschung führt weiterhin Herbert Reikner, der in Anlehnung an Definitionen des bekannten Kinderpsychologen Neumann einen äußerst interessanten Beitrag zur „Entwick-

* Der Band ist im Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig, erschienen.

Der Kampf in der Eisenindustrie

Die Vermittlungsfaktion

Aber die in Essen am Mittwoch abgehaltenen Einigungs- verhandlungen unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Bergemann wird offiziell mitgeteilt, daß bisher kein Ergebnis erzielt wurde, das eine Grundlage für die weiteren Verhandlungen bieten könnte. Die Vorbesprechungen werden jedoch fortgesetzt. Die Metallarbeiterverbände beabsichtigen, wie gemeldet wird, keinesfalls den verbindlich erklärten Lohnschießspruch preiszugeben. Heute, Donnerstagvormittag sind die Vorbesprechungen beim Regierungspräsidenten Bergemann wieder aufgenommen worden. Der Reichsarbeitsminister ist beim Regierungspräsidenten eingetroffen. Er wird bis Freitag wieder nach Berlin zurückkehren.

Ein Vorschlag der Arbeitgeber

Von Arbeitgeberseite ist ein Vorschlag auf Milderung des Lohnschießspruchs gemacht worden, wonach die Stundenlohn- erhöhung von 6 Pf. nicht allgemein gewährt werden soll, sondern nur einem gewissen Teil der Arbeiterschaft. Diejenigen Facharbeiter, die bisher bereits einen Stundenlohn von 86 Pf. hatten, sollen danach einen Lohnzuschlag von nur 3 Pf. erhalten. Die Gewerkschaften haben diesen Vorschlag abgelehnt und halten an dem Lohnschießspruch in unveränderter Form fest, sollen aber bereit sein, in der Arbeitszeitfrage Zugeständnisse zu machen.

Keine Arbeitslosenunterstützung für die Ausgesperrten

Der Arbeitslosenversicherung beim Reichs- versicherungsamt hat sich als oberste Instanz in Fragen der Sozialversicherung am Mittwoch mit der Angelegenheit der Arbeitslosenunterstützung der ausgesperrten Metallarbeiter beschäftigt, die von der Spruchkammer des Landesamtes in Düsseldorf zur Herbeiführung einer grundsätzlichen Entscheidung an den Spruchsenat verwiesen worden war. Nach längerer Beratung kam der Spruchsenat zu dem Ergebnis, daß es sich bei dem Kampf in der nordwestlichen Gruppe nicht um eine Stilllegung, sondern um eine Aussperrung handele, also ein Arbeitskampf im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vorliege und demzufolge die Zahlung von Arbeits- losenunterstützung nicht in Frage kommen könne. Da die Begründung des Spruchsenats in rein rechtlichen Fragen der Form nach von der Entscheidung der Spruchkammer Düsseldorf abweicht, die grundsätzlich denselben Standpunkt eingenommen hat, mußte eine Zurückverweisung an die Spruch- kammer zur anderweitigen Verhandlung erfolgen.

Aus dem Reichstag

Die Aussperrung in Nordwestdeutschland

Im Reichstag wurde am Mittwoch die Aussprache über die nordwestdeutsche Aussperrung zu Ende geführt. In der zweiten Redeperiode wurde von den Kommunisten ein Miß- trauensantrag gegen die Regierung eingebracht, für den aber nach dem Abschluß der Debatte nur die Kommunisten und Nationalsozialisten stimmten.

Abgelehnt wurde auch der kommunistische Antrag auf Auf- hebung des staatlichen Schlichtungswesens. Alle übrigen An- träge wurden dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen, darunter auch ein vom Zentrum neu eingebrachter und von der Wirtschaftspartei ergänzter Antrag, der Hilfsmassnahmen für die durch die Aussperrung geschädigten Kreise des gewerb- lichen und landwirtschaftlichen Mittelstandes und des Einzel- handels verlangt.

Ohne Aussprache wurde dann das deutsch-britische Abkommen über den Rechtsverkehr, eine Ergänzung des Haager familien- rechtlichen Abkommens und das deutsch-niederländische Grenz- abkommen im Meinschiffsverkehr in allen drei Lesungen, das Gesetz über die Vereinigung von Waldeck mit Preußen in erster und zweiter Lesung angenommen. Der deutsch-ameri- kanische Schiedsgerichtsvertrag und das Abkommen über die Sklaverei wurden dem Auswärtigen Ausschuss, die An- leihdenkschrift 1927 dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Am heutigen Donnerstag, 15. Nov., soll die Beratung der kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge über die Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A beginnen.

RDZ. Berlin, 15. Nov. (Tel.) Im Reichstag trat heute vor- mittag neben dem Haushaltsausschuss, der in vertraulicher Sitzung über Kreditfragen weiter berät, auch der Sozial- politische Ausschuss zusammen, der, wie das RDZ-Büro er- fährt, die ihm gestern überwiesenen Anträge zur Aussperrung in der Eisenindustrie mit möglicher Beschleunigung erledigen will.

Die Handwerksnovelle

Im Reichstag ist nunmehr, wie gemeldet, der „Entwurf zur Änderung der Gewerbeordnung“, wie die Handwerksnovelle amtlich firmiert, nach Zustimmung des Reichsrats zugegangen. Der Entwurf bringt nach drei Richtungen grundsätzliche Neues. Während die ursprünglichen Bestimmungen für den Hand- werksmeister und seinen eigenen Betrieb galten, wird heute oft ein Handwerksbetrieb von einer juristischen Persönlichkeit, sei es in Form der G. m. b. H. oder anderer Zusammensetzung betrieben. Der Entwurf regelt die Eingliederung dieser Betriebe, ihre Beitragspflicht und das Wahlrecht. Die Staats- aufsicht wird neu geregelt und gegenüber den bisherigen Be- stimmungen gelockert, Wahlrecht und Wahlpflicht wird auf alle Handwerker unter Befreiung der bisherigen Vorzugsstellung der Innungen und Gewerbevereine ausgedehnt. Aus diesem Grunde und zur Erleichterung statistischer Erhebungen und rechtlicher Streitfragen soll ein alphabetisches Verzeichnis aller Handwerksbetriebe geschaffen werden. In anderen Bestim- mungen werden schließlich Fragen der Zugehörigkeit und Wählbarkeit innerhalb der Innungen und Innungsinnungen geregelt, soweit die bisher geltenden Vorschriften Zweifel ge- lassen oder sich als ungewandmäßig erwiesen haben.

Der Reichspräsident hat am Mittwoch den deutschen Bot- schafter in Rom, Frhen. v. Neurath, zum Vortrag empfangen.

Die Katastrophe des Dampfers „Vestris“

Nach den letzten Feststellungen werden 69 Passagiere der „Vestris“ und 45 Mitglieder der Besatzung, zusammen 114 Personen vermisst. Im ganzen wurden 220 Personen gerettet, davon sind ungefähr 150 Angehörige der Besatzung. Nach einer Meldung aus New York wird die gerichtliche Unter- suchung der Katastrophe heute eröffnet. Der Kapitän der „Vestris“ ist mit seinem Schiffe untergegangen. Er hatte es abgelehnt, einen Rettungsversuch zu unternehmen. Auch der Telegraphist O. Louglin blieb bis zum letzten Augenblick den Hilferuf auslassend an seinem Apparat und ist mit dem Schiff versunken.

Die Überlebenden, die mit den Dampfern in New York an- kamen, berichten übereinstimmend, daß sich die Rettungsboote in sehr schlechtem Zustand befanden. Eines hatte ein Led und sank sofort, bei anderen fehlten die Ruder. Die Schiffsteuerung der „Vestris“ hätte ihren Hilferuf mindestens 5 Stunden früher ergehen lassen müssen, da schon seit Sonntag nacht die Küsträume des Schiffes voll Wasser gelaufen waren und die Pumpenanlagen versagten. Hätte der Kapitän den SOS-Ruf um 5 Uhr statt um 10 Uhr ergehen lassen, so wären sämtliche Passagiere gerettet worden, sagt ein geretteter amerikanischer Ingenieur. Er ist zusammen mit einem Kollegen 2 1/2 Stun- den hinter dem von Regern benannten Rettungsboot Nr. 13 hergeschwommen, ehe es dem Schiffsingenieur Adams gelang, die Regler zur Aufnahme der Schwimmblen zu bewegen. Wie Mad betont, ist es nur dem warmen Golfstrom zu verdanken, daß nicht mehr Personen umliefen. Ein Passagier und eine Stewardess trieben 24 Stunden an Bruchstücken geklammert auf dem Meere, ehe sie gerettet wurden.

Von Samstag an, war die „Vestris“ in einem leichten Sturm geraten, der eine Steuerbordschlagseite herbeiführte, die sich allmählich bis zu 30 Grad erweiterte. Die Haltung der Mannschaft war ausgezeichnet. Die Passagiere bewahrten die Fassung, weil sie erst den Ernst der Lage erkannten, als sie ausgeschootet waren. Die „Vestris“ funkte bereits zu einem Zeitpunkt, als erst 80 der 328 Personen an Bord in den Rettungsbooten untergebracht waren. Den alten Traditionen des Seelens getreu, wurden die Frauen und Kinder zuerst in die Rettungsboote geschafft, aber plötzlich machte der Körper des sinkenden Schiffes eine ruckartige Bewegung. Die beiden Boote schlugen gegen die Schiffsseite und schleuderten die Frauen und Kinder in die stürmische See. Aufsehend sind alle Kinder ertrunken und nur zehn Frauen gerettet. Die Mehrzahl der Passagiere hat die Boote nicht an Bord des Schiffes besteigen können, sondern mußten ins Meer springen. Man vermutet, daß viele der Vermissten diesen Sprung nicht gemacht haben und von dem Bruch mit in die Tiefe gezogen worden sind.

WTB. New York, 15. Nov. (Tel.) Von der Reederei Lamport & Holt wurde gestern abend die erste amtliche Erklärung über den Untergang des Dampfers „Vestris“ gegeben. Danach kamen infolge des hohen Seeganges in Ritten verpackte Kraft- maschinen ins Rutschen, stießen gegen eine Stahlwand, die sie eindrückten, und fielen nach der Steuerbordseite des Schiffes, das sich dann nach dieser Seite neigte. Wie jetzt bekannt wird, befand sich der Dampfer „Montoso“ 25 Meilen von dem Ort der Katastrophe entfernt, als die „Vestris“ sank; da er aber keine Funkenanlage besitzt, hörte er nicht die SOS-Rufe des untergehenden Schiffes.

lung des musikalischen Sinnes beim Kinde im Lichte experi- mentell-psychologischer Forschung“ beisteuert. Alle, die mit der Schulung des musikalischen Ohres, vor allem im schulpflichtigen Alter, zu tun haben, sollten seine Ausführungen eingehend studieren und sich möglichst auch über weitere Lite- ratur orientieren, wozu freilich das Buch selbst keinerlei Hin- weise gibt. Und doch wären gerade solche Angaben z. B. auch bei dem Aufsatz „Das Problem der musikalischen Begabungsprüfung“ (Gans Rupp), erwünscht und könnten für die Leser, die sich durch die Fülle der ausgeworfenen Fragen ernst- haft durchgearbeitet und daraus mancherlei Anregung ge- schöpft haben, nur von Nutzen sein.

Ausgehend von der preussischen „Denkschrift über die ge- samte Musikpflege in Schule und Haus“, die mit ihrem Er- scheinen (1923) den eigentlichen Auftakt zu der tiefgreifenden Neuorganisation des Schulmusikunterrichts gegeben hat, und in Anlehnung an einige weitere ministerielle Verfügungen, die von Preußen aus auch auf die amtlichen Musikpläne anderer Länder eingewirkt haben, wird im zweiten Abschnitt des Buches den Musiklehrern und -lehrerinnen breiterer Raum gegönnt, „Richtlinien, Lehrpläne und Ausbildung“ auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen zu besprechen. Fern von sachlicher Eigenbrötelei und pedantischer Kleinlichkeit wer- den hier ebenso wie in dem damit eng verbundenen und un- mittelbar ergänzenden Teil „Methodik“, die Kernpunkte je- weils auf größerem Gesichtswinkel betrachtet. Unbedingt positiv ist fast bei allen Äußerungen das Bestreben anzu- erkennen, sich auf den Boden der pädagogischen Gegebenheiten zu stellen, und sich nirgends in phantastische Schwärmereien zu verlieren. Die Mannigfaltigkeit der Themen erlaubt natürlich nur, hier auf einige besonders wichtige Referate hingu- weisen. So zeigt etwa Joseph Hoffmann recht eindringlich, welche gewaltige Unterschied zwischen dem mechanistischen Un- terrichtsprinzip von gestern und der lebendigen Erziehungs- arbeit von heute besteht. Nicht minder lesenswert ist, was Karl Rämpfe zum „Musikunterricht an der Volksschule“ oder Otto Steinbagen zum Neuaufbau des Musikunterrichts an den Mittelschulen ausführen. Auch die auf reellem Sachinhalt

fundierten Bemerkungen Rudolf Schäfers über „Musikanschau- ung und Schulmusikreform“ fördern eine grundsätzliche Klar- stellung des Fragenkomplexes. Außerdem werden wichtige Untersuchungsobjekte rein methodischer Natur — u. a. das Problem der Konzentration und der Stimmbildung — ein- gehend erörtert und gewisse Wechselwirkungen des Gesangs- unterrichts mit benachbarten Gebieten (Deutsch, Geschichte, Religion) dahin besprochen, daß künftig Musiklehrer und Fach- lehrer viel enger zusammenarbeiten müssen. Ergänzend sind man noch beachtenswerte Darlegungen, wie der Hauptpunkt im Dienst der Schulmusikpflege oder die Schallplatte im Musikunterricht zu verwenden sei.

Mit dem Aufsatz von Walter Braunfels, „Die Bedeutung der Schulmusik im Mahnen des Musiklebens unserer Zeit“, greift endlich der Schlussteil des Buches über den engen Schul- bezirk hinaus zu einigen allgemeineren, das Musikleben und die Musikwissenschaft umfassenden Betrachtungen. Wesentlich ist zudem, daß mit diesen letzten Referaten außer den Ta- gungsrednern nunmehr noch die Leiter jener Hochschulen das Wort ergreifen, denen fortan die Ausbildung der Schul- musik obliegt. So spricht Braunfels, der bekannte Kom- ponist, auf Grund seiner Kölner Erfahrungen, G. W. von Waltershausen namens der Münchener Akademie. Ebenio hätte eigentlich, was G. J. Moser, der neue Direktor der Berliner Akademie für Kirchen- und Schulmusik, über „Die Ausbildung der akademischen Schulmusiklehrer“ sagt, zum größeren Teil in diese zusammenfassende Schlussartikelparte gehört, in der leider ein so wichtiger Beitrag, wie W. Gurkitts (Freiburg) Vortrag über den „Bildungswert der Musik- geschichte als Bildungsgeschichte“, fehlt. Dem dokumentari- schen Wert des Buches tut dies indessen keinen Abbruch: denn bei allen verschiedenartigen Tendenzen, denen es im ein- zelnen dient, bleibt doch bedeutsam genug als sein grund- legender Inhalt erkennbar, daß es die gewaltige gemein- same Idee der Musikerziehung in der Tat vielfältig fördert und sie einem für unsere gesamte Musikkultur begrüßens- werten Lösungsversuch entgegenführt. S. Sch.

Schulkompromiß in Ost-Oberschlesien

Die vom Deutschen Volksbund für Polnisch-Oberschlesien der Septembertagung des Völkerbundrates eingereichte Beschwerde über die Schließung der deutschen Minderheitsschulen in Polnisch-Oberschlesien ist jetzt unter dem Vorsitz des Präsidenten der gemischten Kommission, Calonder, zwischen den Vertretern der deutschen Minderheit und der polnischen Regierung direkt verhandelt worden, nachdem sie vom Völkerbundsrat an die gemischte Kommission zurückverwiesen worden war.

Nach mehrtägiger Beratung hat man sich, nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Breslau, auf eine Kompromißlösung geeinigt. Es werden von den sechs geschlossenen Schulen drei wieder eröffnet, drei andere bleiben geschlossen. Die polnische Regierung hat damit die nochmalige Behandlung der Beschwerde vor dem Völkerbundsrat vermieden, und in Oberschlesien glaubt man dies als ein günstiges Zeichen ansehen zu können, daß es zum ersten Male gelungen ist, schwierige Minderheitsfragen auf direktem Wege zwischen der Regierung und der Minderheit zu bereinigen.

Badischer Teil

Das Rheinkräftwerk

Zur Prüfung der technischen Möglichkeiten für das geplante Rheinkräftwerk Säckingen, das der Gemeindeverband Ober-Rhein erstellen wird, wurden oberhalb der vorgesehenen Wehrstrecke noch weitere Tiefbohrungen angeführt. Diese haben nun, laut „Albarte“, ergeben, daß das geplante Stauwehr nur wenige hundert Meter unterhalb der Rheinbrücke gebaut werden könnte. Es wird angeregt, im Zusammenhang damit auch die neue Rheinbrücke zu erstellen.

Kreislandwirtschaftsschule Fullendorf

Fullendorf, 10. Nov. Eine erhebende Feier, an der der ganze Bezirk Fullendorf teilnahm, war die Eröffnung der in der Untstadt neu errichteten Kreislandwirtschaftsschule am 6. d. M. in dem festlich geschmückten Schulsaal in Fullendorf. Neben dem Stadtrat und den Vertretern der verschiedenen Behörden in Fullendorf waren die badische Regierung durch Landeskommissar Dr. Hartmann von Konstanz und Staatsrat Weishaupt, Fullendorf, der Kreisrat Konstanz, die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen und der Kreislandwirtschaftsschulen Radolfzell und Salem, sowie viele Bürgermeister und Interessenten aus dem Bezirk anwesend.

Nach einer herzlichen Begrüßung durch Bürgermeister Vollmar, der den Weg der Erziehung der Schule darlegte und dem Kreisvorsitzenden, Oberrealschuldirektor Dr. Mayer den Schlüssel für die neue Schule überreichte, sprach dieser über die Bedeutung der Landwirtschaft und die Wichtigkeit der Ausbildung der jungen Landwirte für ihren künftigen Beruf und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß nun auch der schöne landwirtschaftliche Bezirk Fullendorf eine eigene Landwirtschaftsschule erhalte, von der er einen günstigen Einfluß auf die Weiterentwicklung der Landwirtschaft in diesem Bezirke erhoffte. Mit den besten Segenswünschen übergab er den Schlüssel zur Schule dem neuen Schulvorstand, Landwirtschaftsinspektor Enckler, der ihn mit der Versicherung übernahm, daß er gewissenhaft bestrebt sein werde, das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen; er wolle der Kreislandwirtschaftsschule Fullendorf, sowie den Landwirten des ganzen Bezirks allezeit ein stets dienstbereiter Lehrer, Berater und Führer sein. Landeskommissar Dr. Hartmann überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Staatspräsidenten Dr. Remmele, der zu seinem größten Bedauern verhindert sei, der Eröffnungsfest anzuwohnen. Er sprach über die Notwendigkeit einer guten Fachausbildung und ermahnte die Landwirte, der Schule nun ihre Ehre auch zuzuwenden. Staatsrat Weishaupt hob die Vorteile hervor, die ein guter Schulsaal habe und begründete die Vorteile eines guten Besuchs der Kreislandwirtschaftsschule. Im weiteren sprachen Herr Storz, Heiligenberg, namens des Fürsten von Fürstberg, Baron von Hornstein, Salem, namens des Prinzen Max, der neuen Schule ihre Glückwünsche aus, während Gutspächter Fellmann, Battenreute namens der landwirtschaftlichen Vereinigung, Schwelling, Schwäbischhausen namens der Jungbauern, und Bürgermeister Meiß, Radolfzell, ihre Freude über Eröffnung der Kreislandwirtschaftsschule in Fullendorf — die vierte im Kreis Konstanz — zum Ausdruck brachten. Bürgermeister Meißler, Burgweiler, dankte namens der Landwirte des Bezirks allen, die zur Eröffnung der Schule beigetragen haben.

Umrahmt war die Feier durch passende Gesangsvorträge des Männergesangsvereins. Die anschließende Besichtigung der Schulräume, worin der Schulvorstand den Schülern und Gästen herzlichen Willkommgruß erbot, befriedigte alle. Die Schule beginnt mit dem ersten Kurs, der von 36 Schülern besucht wird. — So schwanden schnell die weisevollen Stunden, aber geliebten ist der nachhaltig gute Eindruck über all das Gehörte, und voll Dank gegenüber der badischen Regierung, dem Kreis Konstanz und der Stadt Fullendorf schieden die anwesenden Landwirte mit dem Gelübde, der Kreislandwirtschaftsschule Fullendorf recht viele Schüler zuzuführen.

Badischer Kunstverein

Im Mittelpunkt steht die Künstlergruppe „Junger Westfalen“, deren bekannteste Persönlichkeit, Karl Menze, leider nicht vertreten ist. Seine Anfänge, die man vor Jahren in München sehen konnte, waren so interessant, daß man bedauert, seiner Entwicklung bei Gelegenheit der jetzigen Ausstellung nicht folgen zu können. Von dieser unbekanntem Größe und einigen allzu menschlichen Seitenängern abgesehen, sind die Jungen Westfalen einheitlich eingestellt auf eine relativ gleichmäßige Art des Sehens, auf ähnlichen Einsatz der Farbe, auf verwandte Lösungen des bildhaften Aufbaus. Diese Allgemeinheit ist modern und doch anders, als die künstlerischen Aufzehrungen in anderen deutschen Gebieten, wobei nicht zu entscheiden ist, ob es sich um regionale nordwestdeutsche Leistung oder lediglich um einen gruppen-, vielleicht sogar schulmäßigen Zusammenschluß handelt. Wir vermischen den farbenblinden Otto Pantol, der in den letzten Jahren die entscheidende Ausdrucksbasis für seine Schwarzweißkunst gefunden hat.

Malerisch am reichsten ist Franz Marten, Düsseldorf, dessen Aquarellmalerei und Bildnisse technisch flüssig gemalt, inhaltlich als Selbstverständlichkeit erlebt sind. Eigenartiger ist Theo Döhrer, Gamm, in seinen Stadtmotiven und Landschaften, die farbig etwas an den Bremer Radziwill erinnern. Die Oberfläche der Bilder ist sorgfältig je nach dem Gegenstand modelliert, um die formalen Schwingungen zu charakterisieren, aber diese Technik, deren Möglichkeiten unbestritten bleiben, ist noch zu schematisch, zu trocken durchgeführt, hat sich noch nicht befreit zum einfachen Mittel. Wie Höpfer sucht auch Josef Wehner, Künstler, den vereinfachten Farbfleck, der jedoch noch etwas spröde bleibt, und noch nicht klugvoll genug gelöst wird. Ausgenommen im Stil, leben, in dem die Gelböne des Gelbirs und der Orangenen

Gemeinderundschau

Der Bürgerausschuß Heidelberg bewilligte 2,25 Millionen Reichsmark für die Erbauung von 277 Kleinwohnungen, meist Wohnungen mit ein und zwei Zimmern. Die Bauarbeiten sollen sich über drei Jahre erstrecken. Die Mittel sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden. Weiter bewilligte der Ausschuß rund eine Million für die Erweiterung der Leitung des Hochbehälters, Gas- und Wasserwerk, 360 000 RM für die Erbauung eines Magazins und größerer Werkstätten für die städtischen Werke auf dem Gelände des alten Gaswerks.

Der Bürgerausschuß von Dossenheim genehmigte zur Vornahme von Rohstandsarbeiten die Aufnahme eines Anlehens im Betrage von 72 000 RM. Vorgezogen ist die Erweiterung des Hochbehälters um 400 Kubikmeter Fassungsvermögen, die Herstellung einer direkten Leitung vom Pumpwerk nach dem Hochbehälter und die Anlage einer neuen Ölstraße. Zu dieser Maßnahme sah sich die Gemeindeverwaltung gezwungen, um wenigstens über Winter den verheirateten Familienvätern, die wegen Abnahmangels bei den Porphyrbrüchen (wozu der von der Reichsbahn über das Porphyrwerk S. Vatter wegen angeblicher Aufwertungsdifferezen verhängte Bohrlott erheblich beiträgt), ausgeperrt werden mußten, Verdienstmöglichkeit zu geben. Die Gemeinde hofft dabei von allen maßgebenden Stellen Unterstützung zugesagt zu erhalten.

Heidelberg Kaufleute. Die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft „Badische Pfalz“ plant in Heidelberg die Errichtung zweier Häuserblöcke, durch die zusammen etwa 86 Wohnungen und 10 Läden geschaffen würden. Man hofft, daß der Block am Kapellenweg bis Sommer 1929 fertiggestellt ist. Das zweite Projekt ist die Errichtung eines Gebäudekomplexes an Stelle des alten Rönchhofes im Stadtteil Neuenheim.

Die Wohnungsnot in Weinheim. Im Jahre 1928 ist im Gegenfug zu den Vorjahren die Bautätigkeit in Weinheim sehr gering geworden, und es besteht jetzt die Gefahr, daß sie fast ganz zum Erliegen kommt. Die Folge davon ist schon jetzt eine merkliche Verschärfung der Wohnungsnot. Das Erlahmen der Weinheimer Bautätigkeit brachte neben der Verschärfung der Wohnungsnot eine Zunahme in der Erwerbslosigkeit, womit ein Steigen des städtischen Fürsorgeaufwandes bedingt ist. Der Stadtrat kam nach eingehender Prüfung der Sachlage zu dem Beschlusse — dem Beispiele des badischen Staates folgend — ein System der Zinsverbilligung vorzuschlagen. Die Zinsverbilligung wird gewährt zur Förderung des Kleinwohnungsbaus an Minderbemittelte. Die Stadt Weinheim übernimmt diese Zinsverbilligung bis zum Höchstbetrage des zu verbilligenden Hypothekenzinses von 400 000 RM zur Verfügung. Die Zahl der zur Zeit vorliegenden Baubearbeitungsgesuche beträgt 72 für 100 Wohnungen.

Die Frage des Bahnhofs Sordheim-Königsheim kommt erneut ins Rollen durch eine Denkschrift, die von dem Bahnbaukomitee, das sich seinerzeit bildete, ausgearbeitet worden ist. Die Begründung stützt sich auf die rechtliche Seite des Staatsvertrags über den Übergang der badischen Staatsbahnen an das Reich und auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Verbindung der beiden Teilstädte Waldbrunn-Sordheim u. Tauberhofsheim-Königsheim. Die Denkschrift wird dem badischen Landtag zugehen.

Vom Emmendinger Stadtrat. Nach einer Bauzeit von rund zwei Monaten wurde in Emmendingen der Durchgang des im Zuge der Landstraße Heidelberg-Waldfeld liegenden Stadttors nun wieder freigegeben. Durch Schaffung eines zweiten Durchganges westlich des Tores nach völliger Niederlegung der dort befindlichen beiden Häuser soll der Verkehr an dieser engen Stelle noch eine wesentliche Verbesserung erfahren.

Der Stadtrat Offenburg hat beschlossen, das Vorhaben einer Autofirma, innerhalb der Stadt Offenburg und zwischen der Stadt und den Nachbarorten Nammersweier und Zellweierbach einen regelmäßigen Autowendverkehr einzuführen, nachdrücklich zu unterstützen. — Ein großes Poststandsprogramm mit einem Aufwand von 96 000 RM legt der Stadtrat dem nächsten Bürgerausschuß vor. — Neben verschiedenen Straßenherstellungen ist auch eine Erweiterung des Wegplatzes geplant, der in der heutigen Ausbehnung nicht mehr ausreicht, um große Zirkusunternehmungen und die Mehrzweck am Jahrmärkte aufzunehmen. — Für die Kreisbüchereifürsorgestelle wird auf dem Gelände des städtischen Krankenhauses ein einstöckiges Büchergebäude errichtet mit einem Aufwand von 13 000 RM. Der Facharzt der Tuberkulosefürsorgestelle wird auch der Stadtverwaltung als Schul- und Fürsorgearzt zur Verfügung stehen und als Facharzt die Tuberkulosekranken aus Wolsch, Mehl und Oberkirch behandeln, während für Wolsch eine eigene Tuberkulosefürsorgestelle errichtet wird.

Der Kurort Badenweiler kann für das Jahr 1928, was die Zeit vom 1. Januar bis 31. Oktober anbelangt, auf einen außerordentlich starken Besuch zurückblicken. Der 10 000 Kurgäste konnte in diesem Jahre schon sechs Wochen früher als im Vorjahre begrüßt werden. Obwohl die Zahl der Kurgäste, nämlich der ausländischen wie auch die Zahl der Passanten und der Übernachtungen ist wesentlich gestiegen. Von 11 825 Kurgästen waren 2320 Ausländer gegenüber 10 133 Kurgästen und 1222 Ausländer im Vorjahre.

sich in reichen Stufungen vor einem graublauen Grund sammeln. S. A. Burgardt, Düsseldorf, ist toniger, vor allem auf lockerere Farbbelegung, auf größere Formulierung bedacht und erreicht damit gute Wirkungen, obwohl ich glaube, daß der Künstler sich noch weiter in den Ernst solcher Farbigkeit vertiefen mußte.

Am schwierigsten sind die Bilder von Eberhard Wiegner, der einen glasartigen Farbauftrag hat und stark zum Dekorativen neigt. Besonders im Figuralen stellt sich der Eindruck des Intarsienhaften und damit die Nähe des Kunstgewerblichen ein. Erwähnenswert sind noch die Zeichnungen von Otto Coester, der in phantastischen Motiven lebt und ausdrucksmäßig zwischen Obilon Redon und Marc Chagall steht. Sein Strich ist subtil, die graphische Struktur arbeitet mit schillerartigen Wirkungen und Tonstufen, die sich zu reizvollem, unwillkürlichem Gespinnst fügen. Als Plastiker gehört Robert Jttermann, Nierobn, der lange in Karlsruhe tätig war, zum Kreis dieser Jungen. Man wird die gute Entwicklung des Künstlers anerkennen, vor allem im Bronze- und Kupfer einer Frau, und in zwei kleinen Altbronzen, kleinen Arbeiten, die vielleicht etwas zu stark in der Art der Welt gefühlt sind.

Von den weiteren Ausstellern, die sich um die Jungen Westfalen gruppieren, heben wir Prof. Rabenstein, Marie Baquet-Steinhilfen und Willo Kall, Kunheim, hervor, dessen zahlreiche Pastelle in Tenor und Farbigkeit so forciert wirken und von einer Leidenschaft sprechen, die nichts Unmittelbares auslöst. Erfolgreich sind die kräftigen Herbststudien von Herbert Keller, Karlsruhe, der zu viel Gleichgeformtes ausstellt, und schließlich noch Graphit von Otto Hans Baier, München, der in Landschaftszeichnungen viel erreicht, während sich beim Figuralen der Strich und auch die innere Haltung noch nicht einträglich genug befreit hat.

Dr. Martin.

Bevölkerungsbewegung in Freiburg. Die Zahl der Eheschließungen im dritten Vierteljahre 1928 betrug 198, gegenüber 190 im letzten Jahr und nur 189 im dritten Vierteljahre 1918. Die Geburtenziffern betragen für denselben Zeitraum 1928 596, für 1927 637. Bei der einheimischen Bevölkerung ist eine kleine Abnahme der Geburtenziffer von 827 (1927) auf 818 für 1928 festzustellen. Davon waren 275 ehelich und 48 unehelich. Gegenüber dem Stande von 1918 ist ein Geburtenausfall von 69 Geburten. Bei der Sterblichkeit ist eine wesentliche Verschlechterung gegenüber 1927 eingetreten. Die natürliche Bevölkerungsbewegung brachte der Stadt Freiburg einen Zuwachs von nur 96 Personen gegenüber 192 im gleichen Zeitraum des Jahres 1927 und 156 im Jahre 1918.

Die Schauinslandbahn. Die Schauinslandbahnstudien-Gesellschaft hat, wie aus Freiburg i. Br. berichtet wird, nunmehr beim Finanzministerium und beim badischen Bezirksamt die Pläne zur Errichtung der Schauinslandbahn nach dem Umlaufsystem eingereicht. Die Länge der Bahn beträgt rund 3600 Meter, der Höhenunterschied zwischen den beiden Endstationen 745 Meter. Die Fahrbahnen für die Wagen bestehen aus einem Drahtseil von 50 Millimeter Durchmesser. Die Fahrbahn ist in zwei Teilstrecken unterteilt, die eine Mittelstation am Flughafenweg enthalten. Der Antrieb der Zugseile erfolgt elektrisch.

Modernere Straßenbau. Die Landstraße Simoldingen-Säckingen, die hauptsächlich dem Verkehr Freiburg-Waldfeld dient, soll im kommenden Jahre in großzügiger Weise ausgebaut werden. Die erforderlichen Gelder sind vorhanden. Die Straße soll eine neue sechs Meter breite Fahrbahn erhalten.

Schweizerische Anleihe der Stadt Konstanz. Die Schweizerische Volksbank hat die 6prozentige Anleihe der Stadt Konstanz von 1928 in Höhe von drei Millionen Schweizer Franken zum Handel an den Schweizer Börsen angemeldet. Die Anleihe ist eingeteilt in 3000 Obligationen auf nominell 1000 Franken lautend. Die Anleihe ist längstens am 31. Dezember 1947 zur Rückzahlung fällig. Die Stadt Konstanz hat aber das Recht, die Anleihe schon 1933 zur Rückzahlung zu kündigen. Die Aktien sollen an den Börsen von Zürich, Basel, St. Gallen und Bern notiert werden. Die Anleihe ist bekanntlich von der Schweizerischen Volksbank fest übernommen worden. Der Zeichnungskurs betrug 95 Prozent. Das Vermögen der Stadt Konstanz beläuft sich zur Zeit auf etwa 29 Millionen Reichsmark, denen 12,7 Millionen Reichsmark gegenüberstehen.

Der Frankfurter Theaterausschuß genehmigt. Der Hauptausschuß der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt a. M. genehmigte den vom Magistrat beantragten Theaterausschuß für das Jahr 1927/28 in Höhe von 124 795 RM. In diesem Betrag sind 90 000 RM Voranschlag an verschiedene Mitglieder der Theater enthalten. Diese 90 000 RM sollen auf das neue Geschäftsjahr übernommen werden.

Aus der Landeshauptstadt

Die Tagung des Schwurgerichts. Die am nächsten Montag beginnende Tagung des Schwurgerichts umfaßt folgende Fälle: Montag vormittag 10 Uhr Lukas Werklinger, Tagelöhner aus Muggenturm und Karl Werklinger, Schlosser aus Ludwigshafen wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Rudmann), Dienstag vormittag 10 Uhr Anna Webam, Ehefrau aus Rorschheim und Ehefrau Anna Teich aus Lieboldsheim wegen gewerkschaftlicher Abtreibung (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Wehlar), Mittwoch vormittag 10 Uhr Franz Moraller, Schriftleiter aus Karlsruhe, Karl Ernst, Apotheker aus Weidenburg und Jakob Ehlinger, Buchdruckereibesitzer aus Reinbach wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz (Vorsitzender Dr. Rudmann).

Die Leiche des Regierungsrats Dr. Vollmer gefunden. Auf württembergischem Gebiet wurde Mittwoch früh etwa vier Kilometer vom Kurhaus Rühlstein entfernt im Wald, abseits des Weges, die Leiche des seit dem 4. November vermissten Regierungsrates Dr. Eugen Vollmer von württembergischen Forstbeamten unter Umständen gefunden, die das Vorliegen eines Verbrechens ausschließen. In Ermangelung jedes anderen Beweggrundes sieht man, daß der Verstorbene ein Opfer seiner im Krieg erlittenen schweren Kopfverletzung geworden ist.

Schwerer Verkehrsunfall. Am Mittwoch vormittag kurz nach 8 Uhr ereignete sich an der Kreuzung Rhein-Gardstrasse ein schwerer Unfall. Der verheiratete 44 Jahre alte Reg.-Med.-Rat Dr. Ernst Stark wollte auf seinem Fahrrad aus der südlichen Gardstrasse kommend dicht hinter einem in der Richtung nach der Stadt fahrenden Straßenbahnwagen die Rheinstraße überqueren, als er auf einen Schnellstraßenwagen aufprallte, der in diesem Augenblick die Gardstrasse im Zuge der Rheinstraße von Osten nach Westen kreuzte. Dabei fürzte er und blieb mit schweren Verletzungen bewußlos liegen. Im Krankenhause wurde ein Schädel- und Schlüsselbeinbruch, eine Gehirnerschütterung und ein Bruch des rechten Unterarmes festgestellt. Nach den Zeugenaussagen habe er den Unfall selbst verschuldet, weil er unmittelbar hinter der ihm die Sicht verperrenden Straßenbahn über die Kreuzung gefahren sei.

Colosseumtheater. Die Montagabendvorstellung war ein Ereignis für die Besucher des nahezu ausverkauften Hauses. Der Entfesselungskünstler Martini Szeny hatte eine Herausforderung, sich aus einer mitgebrachten deutschen Zwangsjacke zu befreien, angenommen. Szeny wurde im Beisein unparteiischer Herren aus dem Publikum gefesselt, so daß jedem Anwesenden eine Befreiung unmöglich schien. Nach Verlauf von 15 Minuten gelang es ihm, die rechte Armfessel durch Ausrenken des Oberarmes aus dem Aufhängelock zu lockern und nach einigen weiteren Minuten fielen die Fußfesseln. Schließlich Erschöpfung war eingetreten, und doch gelang es ihm, nach Ablauf von 25 Minuten, die schwierige Jacke über den Kopf abzuschütteln. Tosender Beifall setzte ein. Szeny ist sofort nach dieser gelungenen Prozedur nach Berlin zu Zirkus Wusch engagiert worden. Ab Freitag, den 16. Nov., ist der heiteren fälligen Ruhe wieder ein Gastspiel eingeräumt, und zwar diesmal „Wilhelm Millowitsch“, mit seinem Klaffenensemble. Es geht ihm ein guter Ruf als glänzender rheinischer Komiker voraus. Zur Zeit gastiert das Unternehmen in Mannheim, Apollotheater. Die dortige Presse schreibt u. a.: Der schöne Wilhelm und „Der Stolz der 3. Kompagnie“. Lachen, lachen und kein Ende! Wilhelm Millowitsch wirft seine Worte und spielt mit ihnen wie ein Jongleur, dann läßt er sie verbrennen und verbrennt mit ihnen. Das Ensemble, das sich um den Star gruppirt, zeigt ebenfalls keinen toten Punkt. Regie und Ausstattung total auf der Höhe! Der abgepasste Großstädter hat eine ausserlesene Gelegenheit; er kann sich in den vierzehn Tagen des Millowitsch-Gastspiels unschätzbare Freude gönnen.

Bayern-München gegen den badischen Meister. Der badische Meister Karlsruhe Fußballverein hat mit dem süddeutschen Meister F. C. Bayern-München auf kommenden Sonntag ein Privatspiel nach Karlsruhe vereinbart. Die Münchener spielen mit ihrer kompletten Meistermannschaft, in der zum erstenmal der nunmehr freigegebene Internationale Heißkamp spielen wird.

